

Dresdener Nachrichten

Julius Beutler, Dresden, Wallstr. 15,

empfehlend in grösster Auswahl:
Eiserne Oefen und Herde, Haus-, Küchen- und Land-
wirthschafts-Geräthe.

Dresden, 1895.



Bezugsgebühr
Hauptstadt 20, 2.00, durch die
Post 2, 20.
Einnahme von Anzeigen:
Hauptstadt 20, 2.00, durch die
Post 2, 20. Sonntags 10, 1.00, durch die
Post 1, 10. Sonntags 5, 0.50, durch die
Post 5, 0.50.
Die Abgabe einzelner Schrift-
stücke keine Verantwortlichkeit.
Gesamtsprache Nr. 11.

40. Jahrgang.

Tuchwaaren.

Den Empfang sämtlicher Neuheiten
für Herbst und Winter
zeigen ergebenst an
Friedr. Greiff & Sohn, Georgplatz 9.

Tapeten.

Gustav Hitzschold, Moritzstrasse 14.
Tapeten.

Reise-Artikel.

Photographalbum, Damentaschen, Portefeuillewaaren
empfehlend in reichhaltiger Auswahl
Bernhard Rüdiger,
Wilsdruffer Strasse 3.

Sonnenschirme jetzt bedeutend billiger. C. A. Petschke, Wilsdrufferstr. 17.

Nr. 228. Spiegel: Friedenskongresse. Spinnrad, Mill. Peter des 18. August, Haus- und städtische Grundbesitzer, Vermuthliche Witterung: Sonnabend, 17. August.

Politisches.

In der Zeit der lauten Garte, wenn die Diplomaten von Beruf sich beurlauben und Erholung suchen, pflegen die weltlichen Staatsmänner von Vollenkatholheim in Aktion zu treten, ihre Oberhoheit auf den sog. interparlamentarischen Friedenskongressen zu sammeln und den waffenstehenden europäischen Grossmächten in feierlichen Sitzungen und glänzenden Reden das fortschreitende Werk der allgemeinen Abrüstung und das nahe Paradies der Völkerfriede zu schildern und des ewigen Friedens zu verkünden. Diese biederen Friedensprediger, zu denen sich meist etliche ehrliche friedliebende Weiblein vom Schlage der Baronin Suttner gesellen, sind von einer wohlthätig rührenden Ausdauer. Jahr aus Jahr ein wird auf den Friedenskongressen immer wieder das Thema, wie sich am besten der Krieg abschaffen läßt, behandelt, zahllose Beschlüsse werden gefasst zur Anbahnung einer allgemeinen Abrüstung und zur Herbeiführung von internationalen Schiedsgerichten — aber kein Staatsmann von Fach, kein erster Politiker, keine einzige Regierung kümmert sich um die unabweislichen Mahnungen der Friedenspropheeten und der Abrüstungsgesellschaften: jeder Staat ist vielmehr eifrig beabsichtigt, sein Heer stärker und kriegsbereiter zu machen, als das der Nachbar. Trotzdem verweisen die Friedenskonferenzler nicht an dem Erfolg ihrer Bemühungen. Auf der internationalen Friedenskonferenz in der Hauptstadt Belgiens sagt, haben sogar alle Redner der Zuvorsticht Ausdruck gegeben, daß der Tag nicht mehr fern sei, wo ihren Bestrebungen eine allgemeine praktische Anwendung zu Theil werden wird.

Auf dem vorjährigen Friedenskongress war ein großartiges Abrüstungsprogramm ausgearbeitet worden. Es sollte eine Massenbewegung organisiert werden, um bei allen europäischen Staaten eine Vereinbarung darüber zu erzielen, daß bis zum Jahre 1900 der status quo der Streitkräfte zu Wasser und zu Lande erhalten werden und eine Vermehrung der Streitkräfte nicht eintreten solle. Die englischen, amerikanischen und auch einige deutsche Mitglieder des Friedenskongresses traten mit großer Wärme für diesen neuen Vorschlag ein; nur die Franzosen wollten ohne ein Zugeständnis an ihren Nationalismus nicht mitmachen, sie erklärten, daß zwar prinzipiell nichts einzuwenden sei, aber vorher müsse die elisabethinische Frage erledigt, d. h. auf dem Wege der Volksabstimmung oder durch andere Manipulationen Elsas-Lothringens seinem „alten Vaterlande“ wieder einverleibt werden. Daß diese Forderung wohl nicht so bald erfüllt und der ganze Vorschlag vor der Hand ein schöner Traum bleiben wird, zeigt die Massenbewegung, die sich gegenwärtig in Deutschland ganz von selbst organisiert hat, nicht heillich zur Förderung des ewigen Friedens, sondern zur Erinnerung an die glorreichen Errungenschaften, die uns der Krieg gebracht hat, der Krieg von 1870/71, dem wir die nationale Einigung und die deutschen Provinzen Elsas-Lothringens verdanken. Ganz wie das vorjährige ist auch das Abrüstungsprogramm der diesjährigen Friedenskonferenz beschaffen. Als neueste Grange zum Weltfrieden bringen die interparlamentarischen Friedensapostel die Organisation eines internationalen Schiedsgerichtshofes in Vorschlag. Der internationale Schiedsgerichtshof soll aus zwei Vertretern eines jeden Staates bestehen, ohne Unterschied der Bedeutung oder des Ranges der Staaten. Die Grossmächte sollen nicht mehr Vertreter besitzen als die kleinen Staaten. Die Kompetenz dieses Gerichtshofes soll sich auf alle internationalen Differenzen erstrecken, welche ihm die betheiligten Staaten zu unterbreiten sich bereit erklären werden. Jedes Jahr wird der Gerichtshof seinen Präsidenten erwählen. Einen händigen Sitz soll vorläufig der Gerichtshof nicht bekommen, obgleich dies wünschenswerth erscheint. Die Kosten werden in gleichem Maße durch die verschiedenen Staaten bestritten werden. Die internationalen Richter sollen in jedem Staate die Immunitäten und Privilegien der Mitglieder des diplomatischen Korps erhalten. Was endlich die Sanction der Arbeit des Schiedsgerichtshofes anbelangt, so ist man der Ansicht, es sei vorläufig nicht möglich, eine solche praktisch festzustellen; man müsse sich daher mit der moralischen Kraft eines solchen Spruchs im Namen des civilisirten Europa's begnügen. Ferner soll im Namen der Friedenskonferenz ein Aufruf an alle Regierungen gerichtet werden, um sie aufzufordern, auf diplomatischem Wege Vereinbarungen zu treffen, die zur allgemeinen Anerkennung des internationalen Schiedsgerichtshofes führen sollen. Graf Bismarck vom österreichischen Reichsrath gab zu diesen Vorschlägen folgenden Kommentar: Er erzählte, wie er, wenn er zu Hoffesten eingeladen werde, den diplomatischen Deputierten anhängen müsse, ein Deputierter, der zu nicht tauge, da er nicht gegen die anderen Gäste gezogen werden könne. Dieser Deputierter des diplomatischen Korps sei das richtige Bild der jetzigen Zustände. Die Staaten haben entsetzlich starke Heere, sie wagen es aber nicht, dieselben anzuwenden. Man werde sich noch und nach daran gewöhnen, dieselben wie den Deputierten der Diplomaten zu betrachten, als unnützes Beiwerk. Dieser Ausruf, berichtet die „Zeit. Bl.", ergötzte die Versammlung, die dem Redner heiteren Beifall schenkte.

Es wäre unnütz, wenn man auf die zum Theil recht drohenden Einzelheiten dieser Vorschläge näher eingehen wollte. Die Friedenskonferenzler mögen die besten Absichten haben, aber es gehört doch eine große Portion Naivität dazu, zu glauben, daß durch internationale Schiedsgerichtshöfe, wie sie hier gewünscht werden, Kriegslüste aus der Welt geschafft werden können. Fragen von untergeordneter Art lassen sich wohl durch schiedsrichterliches Ver-

fahren erledigen; aber niemals wird ein Staat, sobald seine nationale Ehre und Selbstständigkeit auf dem Spiele steht, sich herbeilassen, erst das Urtheil eines internationalen Schiedsgerichtshofes abzuwarten, bevor er zum Schwerte greift. Die Entscheidung über Krieg oder Frieden einem Schiedsgericht überlassen zu wollen, ist schon um deswillen einseitig, weil dadurch der so überaus wichtige Moment zum Loslösen regelmäßig verabsäumt werden würde. Fragen, bei denen es sich um die Lebensinteressen großer Völker und weltbewegende Prinzipien handelt, werden niemals ihre Entscheidung durch Schiedsgerichte finden, mögen die Zerewigbrücker auch noch Jahrhunderte lang ihre ideologischen Theorien predigen, sondern nur durch den Krieg, von dem Graf Bismarck mit vollem Recht gesagt hat, daß er ein Element in Gottes Ordnung ist, auf das nicht verzichtet werden könne, ohne daß die Menschheit in Stagnation gerathe und verumfahre. Es war eine der größten Unterlassungsünden des Fürsten Bismarck, heißt es in einer Schrift der Friedensschwärmer, daß er nie daran gedacht hat, der Abrüstungsfrage und der Einführung der internationalen Schiedsgerichte irgendwie näher zu treten. Das wäre wirklich eine geniale, große That gewesen; leider aber fehlten bei aller Energie und eminenten Fähigkeit dem staatsmännischen Willen des Reichskanzlers die schöpferischen Ideen des Genies. Ganz Deutschland jubelt jetzt nach 25 Jahren, daß Bismarck nicht ein Genie nach dem Sinne der heutigen Friedensliebhaber, sondern der eiserne Kanzler gewesen ist, der uns durch Blut und Eisen zur politischen Größe geführt hat, und nicht durch Schiedsgerichte, die uns unfehlbar zur Vernunft und Schwachheit vergangener Jahrhunderte zurückgeführt hätten.

Der Verlauf der Friedenskongresse beweist übrigens, wie wenig diese selbst in Stunde sind, die hohe Weltkraft von der allgemeinen Völkervereinigung zu bewerkstelligen. Man sollte meinen, daß unter Vermeidung der den Weltfrieden anbahnenden, eine wahrhaft paradisiäische Harmonie abzuwarten müsse. Reineswegs. Auf den meisten Friedenskongressen kommt der Frieden nur mit Mühe und Noth herbeigeführt werden; in der Regel gab es heftige Streitereien. Anfangs war der Friedenskongress in der Hauptsache eine Vereinigung republikanischer Schwärmer und revolutionärer Banditen. Garibaldi, der vor 25 Jahren mit seiner Räuberbande den Franzosen zu Hilfe eilte, führte dort das große Wort. Da man nicht ohne den Sturz der „Türanne“ und des Papstes zu einem ewigen Weltfrieden gelangen zu können glaubte, schloßen die Friedenskongresse Ende der sechziger Jahre mit einem Aufrufe zum „letzten heiligen“ Kriege. Der Genfer Friedenskongress endete mit einer großartigen Prügelei der Friedensgenossen. Schon das babylonische Schwärmerwort, das auf den Friedenskongressen herrscht, ist eine lächerliche Parodie auf die Friedensgleichheit. Jeder verlangt ferner folgerichtig auf den Friedenskonferenzen für seine Nation das, was ohne Krieg nicht erreicht werden kann; die Interdiktoren fordern Krieg und Frieden, die Franzosen Elsas-Lothringen, die Dänen Schleswig, die Rumänen Siebenbürgen. Auch auf dem diesjährigen Kongress in Brüssel ist es brinzel zu einer friedlichen Schlägerei zwischen Rumänen und Magyaren gekommen. So lange die Friedensapostel nicht einmütig untereinander Frieden halten können, so lange sich Brüderlichkeit und Gerechtigkeit nicht unter den Völkern verwirklichen lassen — und das wird nie stattfinden — so lange bleibt die trauvollste Friedensinstitution eine — kriegsgeübte, kriegsbereite Armeer.

Vor 25 Jahren.

Die flotten Division, bestehend aus St. Mai, Nacht, Grille und den Kanonenbooten „Trosch“, „Blüth“ und „Salomander“, ist heute Nachmittag westlich von Rügen im Gefecht gegen vier französische Panzer-Kanonen, eine Korvette und ein Aviso gewesen. Die feindliche Flotte liegt gegenwärtig noch westwärts von Dornbusch. Dieselbe, unter Befehl eines Vice-Admirals, kam von Weßen und wurde von „Grille“ zuerst nordwärts von Darievet angetroffen. Keine Verluste. Graf Waldersee.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 16. August.

Berlin. Der Kaiser wird am 21. d. M. zur Besichtigung des Truppen-Übungsplatzes in der Seine erwartet. — Zur Grundsteinlegung des Denkmals für Kaiser Wilhelm I. werden morgen und Sonntag früh in Berlin eintreffen: Prinz Heinrich von Preußen, Regent von Braunschweig, der Großherzog von Baden, sowie der Fürst von Hohenzollern; ferner die ehrsüchtigen Meinungen ihrer Herrschaften und der Prinz Friedrich Karl von Hessen. — Der heutige 25. Geburtstag des Todesbrüder von Mars la Tour wurde von den beiden Garde-Regimenten festlich begangen. Besonders feierlich gestaltete sich der Akt bei dem ersten Garde-Regiment „Königin von Großbritannien und Irland“. Die Kaiserin war mit mächtigen Fahnen geschmückt, der Gedächtnis auf dem Reiterhof, welcher heute nicht von der Ruhmesthat des Regiments, mit Blumen und Laubgewinden reich decorirt. Außer dem Regiment hatte der Verein ehemaliger Kameraden des Regiments in der Stärke von 32 Mann Aufstellung genommen. 178 Mann hatten den Feldzug 1870/71 mitgemacht. In kurzer feierlicher Ansprache gedachte der mit der Führung des Regiments betraute Major v. Kallenberg des Gedächtnisses und brachte dem kaiserlichen Kriegsherrn ein dreimaliges Hurrah aus. Nach dem Paradezug wurden an dem Denkmal seitens des Major's und der alten Krieger Kränze niedergelegt. — Die aus Kiel kommende Reflektant des Kreuzers „Klasse „Gefion“ stellt sich nach einer direkten Meldung des Schiffskommandeurs, Kapitän zur See Schmidt, an die leitende Marinebehörde als eine unbedeutende Beschädigung an einem Cylinder der Maschine heraus, indem eine Nebenstange ihren Dienst verweigert hat. Auf einer heimlichen Welt-

wird der kleine Schaden bald ausgebessert sein, so daß die „Gefion“ wie beflimmt, an den Hauptfestenmanövern Theil nehmen können.

Hannover. Die 100. Geburtstagfeier Reichers konnte, da das Königliche Theater, wo Reichers von 1831 bis 1882 als Kapellmeister wirkte, noch geschlossen ist, nur durch die Künstlervereine und die Liedertafel gefeiert werden, welche sich in feierlichem Zuge mit den Fahnen nach dem reichgeschmückten Festsaal vor dem Theater begaben. Hier erfolgten Antritte von Reichers's Kompositionen. Die Stadt hatte das Andenken ihres Ehrenbürgers durch Niederlegung eines großen Festmahlens gefeiert. Das hiesige Theater, die Berliner Intendantur, der Musikverein und das Theater widmeten ebenfalls Kränze. Ob. Reichers's Sohn Reichers hielt die Rede.

Zakowdel. Heute fand seitens der hier garnisontirenden 16. Infanterie und 7. Kavallerie eine erhebliche Gedenkfeier an dem berühmten Todestage des Mars la Tour statt. Die Stadt ist feierlich geschmückt. Der Chef des Infanterie-Regiments Prinz Georg von Sachsen ist zur Feier anwesend.

Dortmund. Der Kaiser verlieh dem Bürgermeister Schmidt als Mitkämpfer von Bismarck und Mars la Tour der Charakter als Major.

München. Der deutsche Reichstag bewilligte zur Förderung und Ordnung der Fischerei, und zwar für die Fischerei 16,000, für die Kacherei 10,000, für die Hai- und Zanderfischerei 21,000 und für verschiedene Fischweide an Vereine 8400 Mark.

Paris. Die großen Anwesen der deutschen Grenze von 5 Armee-Korps und 10,000 Mann angeführten französischen Panzer-Regimenten am 6. und dauern bis zum 19. September. Die Besatzung wird von den Generälen Lamont und Wapart kommandirt. Am letzten Randortage findet eine große Schlacht vor dem Präsidenten bei Mervent statt. — Der Rath läßt sich aus Weß, welche, daß die dort versammelten deutschen Veteranen ihre Feste mit großer Ruhe und Würde feierten, nämlich mit der Absicht, die Gefühle der Grenzbevölkerung nicht zu verletzen.

Brüssel. Auf dem Friedenskongress wurde nach zweitägiger Debatte der Entwurf bei der Einführung eines internationalen Schiedsgerichtshofes angenommen. An dem König der Belgier und an den Präsidenten der internationalen Republik wurde ein Aufruf gerichtet, in welchem von denselben diplomatische Schritte verlangt werden zur Annahme der praktischen Anwendung eines solchen Verfahrens in ganz Europa. Der nächste Kongress findet in Pest statt.

Atona. Ein gewisser Umberto Benadelli, welcher Platte zur Verberichtigung Caserio's anbot, wurde verhaftet. Gleichwohl erlaubte auf der Treppe des Caserio des französischen Konsuls eine Bombe. Wahrscheinlich sollte damit gegen die Herrschaft Caserio's protestirt werden. Der Konsul war mit seiner Familie abwesend. Der Schaden ist gering. Nach dem Thäter wird gefahndet.

Bern. Der Ständerath nahm das Handelsabkommen mit Frankreich mit 21 gegen 10 Stimmen an. Dasselbe tritt am 1. d. M. in Kraft. — Bei der Stadtränder Kammerwahl wurden Unterthaler im Betrage von 70,500 Mark entdeckt. Ein Beamter ist verdächtigt.

Bern. Zum Bundesrath für Schenkt wählte die Bundesversammlung den Oberst Willy Bern (odit. Zermatt) mit 131 von 164 gültigen Stimmen. Müller ist 1848 in Dresden als Sohn eines Predigers geboren.

London. Die „Morningpost“ verzeichnet das Gerücht, daß in der City eine anarchische Gesellschaft entdeckt worden sei, welche Details über eine anarchische Verschwörung in türkischer Sprache enthält. Darnach sollen 16 Verschwörer auf dem Wege nach England sein, um das Parlament in die Luft zu sprengen. — Ein deutsch-französisches Komoratorium bewirbt sich nach einer Meldung aus Shanghai mit besten Aussichten auf Erfolg um einen Kontrakt mit der chinesischen Regierung für die projektirte Chinkiang-Peking-Eisenbahn.

London. Oberhaus. Der Premierminister Marquis Salisbury erklärte im Verlaufe der Redebehalte in Betreff des indischen Truppenmacht werde nicht beschneidet. Die Afrikaner über die indische Angelegenheit würden bald vorgelegt werden. Lord Roberts hätte mit seinen Anträgen bis dahin warten sollen. Die Regierung sei der Ansicht, daß der indische Wohl vom Standpunkt der indischen Strategie werde vertheidigt werden, es wäre aber höchst unflug vom Standpunkte der moralischen Strategie. Bezüglich der Gesetzesvorlagen hätte Lord Roberts mit seiner Kritik warten sollen, bis die Vorlagen in der nächsten Session eingebracht wären. Bezüglich der armenischen Frage bemerkte Lord Salisbury, die Regierung habe bestimmte Absichten, daß Reformen durchgeführt werden würden. Er glaube, daß gegenwärtig keine Gefahr einer Wiederholung der armenischen Schandthaten vorliege, aber es sei ihm noch nicht gelungen, eine angemessene Garantie für die Herbeiführung der Reformen zu erhalten und hierauf müßten die Bemühungen achtet sein. Frankreich und Rußland hätten den ersten Wunsch ausgedrückt, das gemeinsame Vorgehen mit England anzuregen zu erhalten. Der Sultan sei mit einem Aufschub und mit Unschicklichkeiten hervergetreten. Das erscheine aber nicht als Flug, sondern gerade aus einer Furcht heraus, durch welche die Furcht sich habe zu lange leisten lassen, nämlich der Furcht, die Furcht konnte etwas thun, was die Wirkung hätte, die Unabhängigkeit der Türkei zu sichern. Die Unabhängigkeit bestände durch das Abereinkommen mit anderen Mächten und diese Mächte hätten gleich zu der Zeit, als sie in diese Politik eintraten, das Gefühl gehabt, daß sie dadurch, daß die Türkei so viel als möglich durch die christlichen Völkern der anderen Mächte geschützt und für eine Zeitigkeit werden würde, die sie auf natürlichem Wege nicht hatte, einen Mechanismus fürzen könnten, der nicht für das Glück und den Fortschritt der Welt arbeitete. Wie lange dieser Zustand der Dinge noch aufrecht erhalten werden könne, könne eine zweifelhafter als vor 20 Jahren. Wenn die Nothwendigkeit einer Generalallianz nach der anderen aus verschiedenen Theilen des türkischen Reiches kämen, so könne sich der Sultan nicht der Völkerrückständigkeit vertheiligen, daß Europa einmal müde würde, sich um Oite anzuregen zu lassen und daß die fiktive Macht, welche der Regierung des Sultans gegeben sei, befristet werden würde. Keine Regierung sei angestrichen bedacht auf die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit des ottomanischen Reiches. So wie es durch den Berliner Vertrag sicher gestellt sei, als England. Wenn aber der Sultan aus Furcht vor einem Anarchen in seiner nominellen Paroaxie sich weigere, der

Friedrich & Glöckner
Fabrik
Königs- & Schiller-
Zwischenstr. 13
Pöppelstr. 12
Pöppelstr. 12
Pöppelstr. 12
Pöppelstr. 12